

*Myant, Martin/Drahokoupil, Jan: Tranzitivní ekonomiky. Politická ekonomie Ruska, východní Evropy a střední Asie [Transformationsökonomien. Politische Ökonomie Russlands, Osteuropas und Mittelasiens].*

Academia, Praha 2013, 580 S., ISBN 978-80-200-2268-4.

Martin Myant und Jan Drahokoupil haben eine exzellente Analyse der wirtschaftspolitischen Entwicklungen der postkommunistischen Welt unternommen, ihr ursprünglich englisch verfasstes Buch liegt nun auch in tschechischer Übersetzung vor. Die Autoren bieten eine mitreißende Geschichte menschlicher Ambitionen und auch menschlichen Versagens. Sie stellen konkrete Einzelbeispiele für Klientelismus und vertane Chancen vor, werfen aber auch die grundsätzliche Frage auf, zu welchem Staat, welchen Eliten und zu welcher Kapitalismusform die Transformation der einst kommunistischen Länder geführt hat.

Das Buch hat sechs Teile: Im ersten wird das System des Staatssozialismus charakterisiert, der zweite schildert den Verlauf der ökonomischen Transformation, im dritten diskutieren die Autoren mögliche alternative Szenarien. Der vierte Abschnitt befasst sich mit dem Funktionieren und der Konsolidierung des Staates auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, der fünfte fragt nach dem Wirken der alten und der neuen unternehmerischen Strukturen. Im Schlusskapitel bieten die Autoren nicht nur eine Zusammenfassung, sondern auch eine Typologie postkommunistischer Kapitalismusversionen. Unter der Perspektive der Auswirkungen, die die Finanzkrise von 2008 auf die Region hatte, gelangen sie zu einer sehr negativen Gesamteinschätzung der Transformation.

In den Ausführungen lassen sich zwei Hauptthemen ausmachen: zum einen die Rolle des Staates bzw. das Bemühen, diese zu beschneiden, zum anderen die Suche nach dem optimalen Weg für den Übergang von der zentralen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft. Besonders stark sind die ersten beiden Teile des Buches, in denen Myant und Drahokoupil die Analyse der aktuellen wirtschaftlichen Situation einzelner postkommunistischer Länder mit dem historischen Kontext verknüpft haben und die Entwicklung des Staates und seiner Institutionen von der Entstehung der kommunistischen Regime nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur Krise von 2008 in den Blick nehmen. Sie fragen nach der politischen Macht, der Verteilung des Wohlstands in der Gesellschaft und nach den Kräften, die sich um Veränderung bemühten. So unterschiedlich die Mischung aus Markt und Plan in den einzelnen Transformationsländern war, so ungleich waren ihre ökonomischen Ausgangsbedingungen; auch brachten sie nicht die gleichen Erfahrungen mit der internationalen Integration mit. Ausschlaggebend für den Verlauf und die Erfolge der Transformation war den Autoren zufolge, inwieweit die einzelnen Länder die Herausforderung annahmen, die staatlichen Institutionen umzubauen. Das war keine einfache

Aufgabe in Anbetracht der Tatsache, dass der Sozialismus ein „System mit einer extrem straffen politischen Kontrolle der ökonomischen Aktivitäten“ (S. 193) war.

Wie die einzelnen Länder sich dieser Herausforderung stellten, schildern Myant und Drahokoupil im Folgenden. Der „ambivalente Held“ dieser Auseinandersetzung mit dem konkreten Verlauf der Transformation und vielleicht des gesamten Buches ist der „Washington Consensus“. Diese wirtschaftspolitischen Empfehlungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank für die Restrukturierung und Stabilisierung von Ökonomien in der Krise, die in den 1980er Jahren ursprünglich als Antwort auf die Verschuldung der lateinamerikanischen Wirtschaften formuliert worden waren, sollten nach 1989 auch den Ländern Ostmitteleuropas bei der Entwicklung moderner Marktwirtschaften helfen. Myant und Drahokoupil bezeichnen diese Strategie zwar in ihrer allgemeinen Zielsetzung als richtig, verweisen aber zugleich darauf, welche Chancen alternative Vorgehensweisen eröffnet hätten. Zudem sei die Wahl der Transformationsstrategie keine primär ökonomische, sondern vielmehr eine politische Frage gewesen. Und das durchaus nicht nur für die postkommunistischen Länder, für die die Attraktivität des Washington Consensus bereits in seiner klaren Gegnerschaft zum kommunistischen System gelegen habe, sondern auch für den IWF und die Weltbank, die den Transformationsprozess als eine Art Experiment betrachtet hätten.

An dieser Stelle schöpfen die Autoren das methodologische Potenzial ihrer Untersuchung nicht in vollem Umfang aus. Der Washington Consensus dient ihnen vor allem als Ausgangspunkt für die immer wieder geführte Diskussion über das Verhältnis von Markt und Demokratie. Sie wenden sich gegen die naive Annahme, Demokratie und Marktwirtschaft könnten mehr oder weniger konfliktfrei auf die Demontage autokratischer und zentralistischer Regime folgen und heben die Bedeutung des rechtlichen Rahmens sowie weicher Faktoren wie Traditionen und Vertrauen hervor, deren Entwicklung Zeit braucht. Es wäre sicher aufschlussreich gewesen, noch einen Schritt weiter zu gehen und den Washington Consensus als Vergleichsachse zu nehmen und zu fragen, wie weit seine Grundsätze in den einzelnen Ländern akzeptiert und implementiert wurden und wie dies den Transformationsprozess konkret beeinflusste.

Den Mitteln und Ergebnissen der Transformationen widmen sich Myant und Drahokoupil im folgenden Teil. Entgegen der oft geäußerten Behauptung, die Privatisierung sei ein unerlässlicher Schlüssel für den Erfolg des Transformationsprozesses gewesen, vertreten sie die Ansicht, diese habe weder einen institutionellen oder rechtlichen Rahmen geschaffen, noch einen anderen unabdingbaren Bestandteil des unternehmerischen Umfeldes. Auch habe die schnelle Privatisierung nicht zu einer Erhöhung der Effektivität des Unternehmenssektors geführt. Das Urteil fällt hier eindeutig negativ aus: Die Privatisierung wurde nicht im ursprünglich vorgesehenen Umfang durchgeführt; während der ersten Privatisierungswelle modifizierte die Regierung ihre Pläne; die Kuponprivatisierung führte zur Konzentration des Kapitals in Investitions- und Privatisierungsfonds (IPF), also bei Aktienhändlern und Spekulanten und nicht in den Händen derer, die investieren und modernisieren wollten; Änderungen in den Unternehmensstrukturen und insbesondere im Management wurden von den IPF nur selten durchgesetzt; das Handeln der Fonds

unterlag so gut wie keiner Kontrolle, da die einstigen sozialistischen Ministerien als Aufsichtsorgane fungierten. Aber auch Polizei und Justiz waren mit den neuen Formen unternehmerischer Aktivitäten nicht vertraut, schritten nur selten ein und konnten die Einhaltung der Gesetze kaum erzwingen; die Manager hatten oft genug freie Hand, ihre Unternehmen finanziell auszuplündern und zu ruinieren.

Dieses Urteil führt uns zurück zu der eingangs gestellten Frage nach dem Staat, den Eliten und den Kapitalismusformen, die in der Folge der Transformation entstanden sind: Überall waren die kommunistischen Eliten desorientiert, so Myant und Drahokoupil, aber die russischen Eliten begriffen die Chance, die sich ihnen bot, am schnellsten. Wirklich neue Unternehmereliten brachte die Privatisierung nicht hervor. Das Vermögen konzentrierte sich in den Händen derer, die sich am schnellsten in ungesetzlichen Praktiken und politischen Milieus zu orientieren wussten, was der Konkurrenzfähigkeit der Volkswirtschaften nicht eben zu Gute kam. Es entstanden keine starken Rechtsstaaten. Die Erwartung, dass die neuen Eigentümer neue Institutionen fordern würden, erwies sich als überzogen. Vielmehr „verzerrte“ die Transformation die Spielregeln zugunsten derer, die an den ersten Transformationsrunden beteiligt waren und in weiteren Runden nur noch danach strebten, die eroberten Positionen abzusichern.

Und was für ein Kapitalismus entstand auf diesem Weg? Die Autoren entwerfen eine fünfstufige Typologie – von der auf ausländischen Direktinvestitionen beruhenden „zweitklassigen“ Volkswirtschaft über die periphere Marktwirtschaft, den oligarchischen oder klientelistischen Kapitalismus und die Ordnungsstaaten bis zu der von Einkommenstransfers der ins Ausland abgewanderten Arbeitskräfte und internationalen Finanzhilfen abhängigen Wirtschaft. Diese Typologie mag Grenzen haben, zielt aber auf das Wesen des Kapitalismus selbst. Wenn es zu dessen Merkmalen gehört, dass Regeln eingehalten, Schulden bezahlt und die durch Wahlen bestimmte Regierungspolitik implementiert wird, stellt sich die Frage, wann der Kapitalismus in den Transformationsökonomien eigentlich begonnen hat. Kann man überhaupt von Marktwirtschaft sprechen, wenn an die Stelle von Preissignalen unter dem Einfluss von Lobbyisten getroffene Entscheidungen von Staatsbeamten treten?

Auch wenn Myant und Drahokoupil es nicht explizit formulieren: Was den Veränderungen in den postkommunistischen Ländern enge Grenzen auferlegte, war die schwache Zivilgesellschaft, der sowohl die notwendigen Erfahrungen als auch die Mittel fehlten und fehlen, die Diskussion über politische oder ökonomische Fragen zu einer Sache der Öffentlichkeit zu machen. Während der Finanzkrise hat sich gezeigt, dass auch das ein Faktor ist, der es deutlich erschwert, die Folgen der Krise zu bewältigen. Myant und Drahokoupil gelangen zu der vorsichtigen Schlussfolgerung, dass dies den Ländern leichter fallen wird, die moderne Erzeugnisse der verarbeitenden Industrie exportieren, auch wenn damit eine Abhängigkeit von internationalen Entwicklungen verbunden ist, die erhebliche Risiken und Unsicherheiten birgt. Die Zukunft ist allerdings von politischen Entscheidungen bestimmt, und diese lassen sich nicht vorhersagen; und das gilt auch für die Reaktionen der Bevölkerung auf einen sinkenden Lebensstandard.